

V5 Eltern in die Politik! Unsere Ziele als moderne Familienpartei

Antragsteller*in: Anna Peters (KV Emmendingen)
 Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Politik wird von Menschen mittleren Alters gemacht. Zum Großteil männlich, zum
 2 Großteil akademisch. Für uns ist klar: Politische Entscheidungsgremien zeichnen
 3 sich zurzeit in ihrer Besetzung durch einen Mangel an Vielfalt aus. Das
 4 bedeutet, dass Politik weit weg ist von der Lebensrealität kleiner Kinder, deren
 5 sorgeberechtigten Personen sowie älteren Menschen.
- 6 Bündnis90/Die Grünen ist eine Familienpartei! Wir wollen die Erfahrungen und
 7 Perspektiven von Menschen, die Verantwortung füreinander und für andere
 8 übernehmen sichtbar machen und ihnen Gehör schenken. Wir stehen für eine moderne
 9 Familienpolitik, welche die unterschiedlichen Lebenslagen und Anliegen von
 10 familiären Verantwortungsgemeinschaften ernst nimmt und in ihrer Politik
 11 berücksichtigt und mitdenkt.
- 12 Eltern und Personen, die Care Arbeit übernehmen, haben wenig Zeit. Denn
 13 zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit kümmern sie sich um andere Menschen wie
 14 beispielsweise Kinder oder pflegebedürftige Personen und organisieren den
 15 Haushalt. Die wenige Zeit, die übrig bleibt, darf nicht verschwendet sein. Damit
 16 Eltern die Möglichkeit wahrnehmen, sich ehrenamtlich zu engagieren, muss das
 17 Ehrenamt transparent zugänglich, die Ergebnisse messbar und der Zeitaufwand
 18 kalkulierbar sein. Der Wunsch nach politischer Veränderung trifft oftmals auf
 19 starre kommunalpolitische Strukturen. Personen mit täglicher Verantwortung und
 20 Sorge für andere Menschen haben mit knapperen Zeitressourcen so de facto keine
 21 Chance auf Mitgestaltung. Das wollen wir ändern!
- 22 Sitzungszeiten, die beginnen, wenn die Kinderbetreuung schließt; Sitzungen, die
 23 bis spät abends gehen und eine ineffektive Diskussionskultur sind Realität in
 24 vielen kommunalen Räten in Baden-Württemberg. Eltern von betreuungspflichtigen
 25 Kindern sind in den Gemeinderäten in Baden-Württemberg unterrepräsentiert. Ihre
 26 Erfahrungen und Perspektiven sind für politische Entscheidungen aber wichtig und
 27 relevant – denn Menschen, die sich tagtäglich mit Kinderwagen, Rollstuhl oder
 28 Rollator bewegen, sind schnell mit den Missständen im Bereich **Barrierefreiheit**
 29 konfrontiert. Der tägliche Weg zum Bus, zur Schule, ins Schwimmbad oder ins
 30 Pflegeheim kann mitunter beschwerlich sein, denn die Sicherheit im Verkehr, wenn
 31 man zu Fuß, mit Kinderwagen etc. unterwegs ist, ist nicht immer gewährleistet.
 32 Der Öffentliche Nahverkehr fährt besonders im ländlichen Raum nicht dann, wenn
 33 es Familien brauchen und die Haltestellen sind weit weg vom örtlichen Geschehen.
 34 Ebenso müssen Kommunen beim Radverkehr besser werden, damit Fahrradwege für
 35 Kinder sicherer werden. Aber auch ausreichende Beschattung, Sitzmöglichkeiten,
 36 und Begrünung sowie im Winter gestreute, eisfreie Wege sind wichtig für
 37 Menschen, deren Aktionsradius in der Regel um ihren Wohnort herum liegt. Die
 38 (mangelnde) **Klimaresilienz der Kommunen** hat unmittelbare und gesundheitliche
 39 Auswirkungen – gerade bei Schwangeren, kleinen Kindern und älteren Menschen ist
 40 das besonders deutlich zu sehen. Im Bildungsbereich wollen wir mit der
 41 Perspektive von Familien einen Schritt nach vorne gehen: Kommunen haben als
 42 Schulträger unmittelbaren Einfluss auf die Ausstattung in den Schulen. Sie
 43 entscheiden über neue Schulhöfe, die gebaut werden, das Schul- und Kitaessen und

44 Familienzentren. Sehr viele Entscheidungen, die in der Kommune gefällt werden,
45 betreffen Eltern und ihre Kinder unmittelbar und jeden Tag!

46 Auch den **Fachkräftemangel** bekommen Eltern ungeschönt zu spüren. Schon während
47 der Schwangerschaft beginnt das Kämpfen: zu wenig Gynäkolog*innen und Hebammen,
48 damit Schwangere gut versorgt sind, zu wenige Kreissäle im Umkreis, teilweise
49 mit einer Fahrtstrecke von 40 km zur Entbindung, zu wenige Kinderärzt*innen, zu
50 wenige Kitas und sonstige Betreuungsplätze und schließlich der
51 Lehrer*innenmangel an Schulen. An allen Ecken und Enden werden Eltern mit diesem
52 Fachkräftemangel konfrontiert.

53 Diese Erfahrungen sind wertvoll und wichtig für politische Entscheidungen, die
54 Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Deshalb müssen sie Gehör finden.
55 Politik kann nur für alle Menschen da sein, wenn die Perspektiven und
56 Lebenslagen aller Menschen gehört und erkannt werden. Dabei sind Eltern häufig
57 im vorpolitischen Raum aktiv – sie organisieren Elternabende oder sind
58 Elternbeiratsvorsitzende. Sie sammeln Unterschriften für Tempo 30 vor dem
59 Kindergarten oder setzen sich für besseres Essen in der Schulkantine ein,
60 mehrheitlich sind das in diesen Fällen Mütter. Wie also können die wichtigen
61 Erfahrungen und Perspektiven von Eltern in die Politik einfließen? Indem wir
62 mehr Eltern für politische Ämter gewinnen!

63 **Eltern – in die Kommunalpolitik!**

64 Ein wichtiger Baustein, um Eltern die Teilnahme an Kommunalpolitik zu
65 ermöglichen, ist die Betreuung ihrer Kinder in Kindertagesstätten oder durch die
66 Kindertagespflege. Zwischen 2010 und 2020 führte der Ausbau der
67 Kindertagesbetreuung in Baden-Württemberg zu einem Anstieg der betreuten Kinder
68 um 18%. Daneben wuchs das pädagogische Personal zwischen 2011 und 2020 um 72%,
69 dies ist ein Erfolg der Grün geführten Landesregierung! Auch die aktuellen
70 Maßnahmen zur Abfederung des Erzieher*innenmangels, wie etwa der
71 „Zukunftsparagraph“ oder das höhere Gehalt in Baden-Württemberg, sind richtig
72 und wichtig. Trotz Zukunftsparagraph sind weitere Anstrengungen im Ausbau der
73 Betreuungsplätze und in der Gewinnung und Haltung und von Fachpersonal
74 unerlässlich und dringend notwendig, deswegen setzen wir uns in Kommunen und im
75 Kultusministerium im Land mit Hochdruck dafür ein, dass mehr ausgebildetes
76 Fachpersonal gewonnen werden kann.

77 Und gleichzeitig bekommen Familien keinen Betreuungsplatz, schließen Kitas
78 früher oder auch mal einen ganzen Tag. Das System ist auf Kante genäht und für
79 Familien, die darauf angewiesen sind, ist es nicht verlässlich. Das birgt nicht
80 nur die Gefahr, dass Eltern ihrer Erwerbsarbeit vermindert oder gar nicht mehr
81 nachkommen können, sondern stellt auch ein demokratisches Problem dar. Ohne
82 Kinderbetreuung ist für viele ein kommunalpolitisches Engagement ein zeitlicher
83 Luxus, den sie sich nicht leisten können. Denn das kommunalpolitische Engagement
84 konkurriert mit Erwerbsarbeit, Care Arbeit, Familie, Freunden und Hobbies. Die
85 Folgen sind fatal, denn dadurch sind Eltern in kommunalpolitischen Gremien
86 unterrepräsentiert. Dies gilt insbesondere für alleinerziehende Eltern. Weitere
87 Anstrengungen, Kommunalpolitik für Eltern attraktiv zu machen, sind daher
88 unerlässlich. Es braucht aber grundlegender noch einen gesellschaftlichen
89 Wandel, der Eltern in ihrer Vielfalt anerkennt und ihre Herausforderungen ernst
90 nimmt. Ihre Belange sind keine Privatangelegenheit, sondern hängen grundlegend
91 mit der Frage nach demokratischer und gesellschaftlicher Teilhabe zusammen.

92 Bündnis 90/Die Grünen ist die Partei, die diese Zusammenhänge sieht und einen
93 Wandel zum Ziel hat.

94 **Das familienfreundliche Rathaus: Elternschaft ganzheitlich kommunalpolitisch**
95 **gedacht**

96 Auf jeder politischen Ebene finden wir Defizite bezüglich der Vielfalt in
97 politischen Entscheidungsgremien. Dies gilt auch für die Kommunalpolitik – sei
98 es bei ehrenamtlichen Mandatsträger*innen oder bei Bürgermeister*innen. Eine der
99 bislang unterrepräsentierten Gruppen sind Eltern jüngerer Kinder, insbesondere
100 Mütter.

101 Der mangelnden Repräsentanz steht eine besondere Betroffenheit entgegen.
102 Kommunalpolitische Regelungen haben oftmals sehr tiefgreifende Auswirkungen auf
103 Familien mit Kindern – vom Kita-Angebot und Gebühren, über Schulgebäude bis hin
104 zu Spielplätzen oder Angeboten und Kosten der Musikschule. Der Blickwinkel von
105 Eltern ist wertvoll! Deswegen setzen wir Grüne uns dafür ein, dass Familien mit
106 Kindern auch auf kommunaler Ebene eine starke Stimme erhalten.

107 Dabei ist es uns wichtig, Elternschaft in der Kommunalpolitik ganzheitlich zu
108 denken:

- 109 • Repräsentanz von Eltern in kommunalen Gremien
- 110 • Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb
111 kommunaler Gremien
- 112 • Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber

113 **Repräsentanz in kommunalen Gremien**

114 Wir Grüne wollen die Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Ehrenamt und
115 die Vereinbarkeit von Mandat sowie familiären und beruflichen Verpflichtungen
116 verbessern.

117 Im Antrag für ein attraktives kommunalpolitisches Ehrenamt unserer
118 kommunalpolitischen Vereinigung GAR (Grüne und Alternative in den Räten) finden
119 sich zahlreiche Vorschläge für strukturelle Erleichterungen:

- 120 • Förderung hybrider Sitzungen
- 121 • Vorschläge zur Effizienzsteigerung von Sitzungen wie Begrenzung der
122 Sitzungs- und Redezeit
- 123 • Sonderpauschalen für Care-Arbeit zusätzlich zu den regulären
124 Sitzungsgeldern (Änderung der Entschädigungssatzungen in den Kommunen)

125 Insbesondere Alleinerziehende finden sich besonders selten in
126 kommunalpolitischen Gremien. Wir wollen ein landesweites Netzwerk für
127 alleinerziehende Mandatsträger*innen aufbauen und in regelmäßig stattfindenden
128 Treffen deren Bedarfe und Verbesserungsvorschläge abfragen. Als Elternnetzwerk
129 und GAR innerhalb der Grünen Baden-Württemberg wollen wir empower und
130 ermutigen, weiterzumachen, auch wenn es anstrengend ist und das politische
131 Netzwerk nutzen, um die Lösungen vor Ort dann wieder umzusetzen.

132 **Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb kommunaler**
133 **Gremien**

134 Auch außerhalb des Gemeinderats ist es uns wichtig, die Beteiligung von Familien
135 mit Kindern auf kommunaler Ebene zu verbessern.

136 Wir wollen die Beteiligung für Eltern und Kinder in den Fokus zu nehmen. Zu
137 diesem Zwecke werden wir die Bürgerbeteiligungsbeauftragten der Kommunen aus
138 ganz Baden-Württemberg zum Austausch einladen, um gemeinsam Konzepte und Ideen
139 zu erarbeiten. Vor Ort machen sich unsere Kommunalpolitiker*innen dafür stark,
140 Einwohner*innen-Versammlungen zu Themen durchzuführen, die speziell Eltern
141 ansprechen. Beispielsweise die Vorstellung der Kindergartenbedarfsplanung,
142 Schulrenovierungen oder Kita-Öffnungszeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass
143 diese Einwohner*innen-Versammlungen zu Uhrzeiten und an Tagen stattfinden, die
144 elternfreundlich sind. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass es parallel zu
145 diesen Einwohner*innen-Versammlungen ein Betreuungsangebot für Kinder gibt.

146 Gesamtelternvertretungen wollen wir im Gemeinderat eine stärkere Stimme geben
147 und setzen uns vor Ort dafür ein, dass Sie in betreffenden Ausschüssen nicht nur
148 Frage-, sondern ein Rederecht erhalten.

149 **Kindern eine Stimme geben – Beteiligungsprozesse für Kinder & Jugendliche**

150 Uns ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche von klein auf lernen, dass ihre
151 Stimme zählt und Demokratie nur gemeinsam funktioniert! Wir wollen neue Konzepte
152 ermöglichen, wie beispielsweise spielerische Beteiligung von Kindern durch
153 kontinuierlich stattfindende Beteiligungsformate. Hier gibt es viele Formen von
154 Beteiligung: punktuelle, längerfristige und institutionell verfasste wie z.B.
155 die Jugendgemeinderäte. Wir wollen aber auch neue Formate entwickeln, wie
156 beispielsweise bei der Planung von Spielplätzen oder in der Schule durch
157 jährlich stattfindende „8er Räte“ als barrierefreies Beteiligungsmodell für
158 Jugendliche. Wir plädieren dafür, dass Kommunen dem Artikel 41a aus der
159 Gemeindeordnung nachkommen: *(1) "Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche
160 bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise
161 beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu
162 entwickeln[...]"* Wir wollen, dass Kommunen zu einem demokratischen Lernort für
163 Kinder und Jugendliche werden. Beteiligt man Kinder und Jugendliche, erreicht
164 man so auch ihre Eltern und kann sie einbinden.

165 **Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber**

166 Der zunehmende Fachkräftemangel ist auch für unsere Kommunalverwaltungen eine
167 große Herausforderung. Wir Grüne setzen uns grundsätzlich für
168 familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein – auch in unseren
169 Kommunalverwaltungen.

170 Für besonders vorbildliche Kommunen möchten wir zukünftig einen landesweiten
171 „Vereinbarkeitspreis“ ausloben. Dieser soll Kommunalverwaltungen motivieren und
172 ein Aufhänger für eine landesweite „Best-Practice“ Sammlung sein. Hierzu gehören
173 beispielsweise die Schaffung von Familienbüros, der Ausbau von Homeoffice
174 Angeboten, flexible Arbeitszeiten. Vor Ort wollen wir gemeinsam mit unseren
175 Verwaltungen in einen engen Dialog treten, wie diese Rahmenbedingungen weiter
176 verbessert werden können.

177 **Wofür wir uns bundespolitisch einsetzen!**

178 Auch unser Steuer- und Finanzsystem fußt auf Strukturen, die nicht für die
179 moderne Familie gemacht sind! Denn das Ehegattensplitting bevorzugt
180 Familienkonstellationen, in denen es eine*n Hauptverdiener*in und einen

181 Nebenverdiener*in gibt. Dieses Steuermodell schadet vor allem Frauen, denn sie
182 sind meistens diejenigen, die vor der Familiengründung schon weniger verdient
183 haben und danach kürzertreten. Das ist nicht vereinbar mit unseren
184 feministischen Erfolgen und Werten. Wir Grüne aus Baden-Württemberg stehen
185 hinter der bundesweiten Forderung, dass das Ehegattensplitting durch
186 individuelle Besteuerung ersetzt werden soll und vor allem Familien mit Kindern
187 steuerlich entlastet werden. So profitieren endlich **Familien** von staatlicher
188 Unterstützung, denn Familie ist mehr als nur ein verheiratetes Elternpaar mit
189 Kindern. Immer häufiger sind Eltern nicht miteinander verheiratet, Familien
190 leben in Patchwork-Konstellationen oder in Konstellationen, in denen mehr als
191 zwei Menschen Verantwortung für die Familie übernehmen. Diese modernen Familien
192 Formen müssen im Steuerrecht berücksichtigt werden.

193
194 Des Weiteren setzen wir uns als Grüne Baden-Württemberg für eine echte
195 Anrechnung von Care-Arbeit für die Rente ein. Denn Frauen, die im Schnitt zwei
196 Stunden pro Tag mehr Care-Arbeit leisten, spüren das häufig am Ende bei der
197 Rente besonders und haben ein höheres Risiko (besonders durch Scheidungen) in
198 Altersarmut zu rutschen! Auch darf (kommunalpolitisches) Engagement nicht dazu
199 führen, dass dies zu Lasten der Erwerbsarbeit geht und somit ein weiteres Risiko
200 für Altersarmut geschaffen wird. Diese finanzielle Abhängigkeit von Ehemännern
201 und Partnern wollen wir beenden und setzen uns deswegen dafür ein, dass ein
202 kommunalpolitisches Amt ebenfalls in den Rentenpunkten bedacht wird.

203 Mit den oben aufgeführten Punkten soll ein erster Schritt in eine vielfältige
204 kommunalpolitische Welt gelingen, in der sich die Gesamtheit der Gesellschaft
205 gleichermaßen widerspiegelt und möglichst alle Gruppen eine gleichstarke Stimme
206 haben. Wir setzen uns als Elternnetzwerk der Grünen Baden-Württemberg dafür ein,
207 dass Politik nach der Kommunalwahl 2024 im ganzen Land von, mit und für Eltern
208 und Familien gemacht wird, denn es ist an der Zeit, dass ihre Perspektiven und
209 Lösungsvorschläge endlich einbezogen werden!

Unterstützer*innen

Sarah Hagmann (KV Lörrach); Jasmin Ateia (KV Freiburg); Swantje Sperling (KV Rems/Murr); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Elena Bollin (KV Emmendingen); Eva Edelmann-Ohler (KV Konstanz); Katharina Kulvelis (KV Freiburg); Christine Straub (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Matuschek (KV Ettlingen); Julia Seydel (KV Freiburg); Olivia Küster (KV Ulm); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Artur Eichin (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Salome Ebinger (KV Ludwigsburg); Richard Langer (KV Tübingen); Jonathan Ben-Shlomo (KV Freiburg); Hannes Fugmann (KV Freiburg); Jessica Heiss (KV Schwäbisch Gmünd); Clara Madeleine Wellhäufser (KV Freiburg); Sabrina Eichin (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Anna Katharina Chavier (KV Waldshut); Silke Holzbog (KV Ludwigsburg); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Colin Christ (KV Heilbronn); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Julia Wagner (KV Stuttgart)